



Bundestags- brief

Nr.244 • Die Woche im Bundestag • 22.03.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Kultur in ländlichen Räumen stärken!

Am Montag, 18. März 2019 lud die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Kongress „Heimat mit Zukunft“ ein. Im Zentrum des Fachgesprächs stand die Frage, wie Kultureinrichtungen im ländlichen Raum gesichert und gefördert werden können. Diese Aufgabe stellen sich Bundesregierung und die sie tragenden Regierungsfractionen, denn schon im Koalitionsvertrag heißt es: „Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. In ihrer Freiheit und Vielfalt bereichern sie unser Leben, prägen unsere kulturelle Identität, leisten einen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zur Integration und schaffen Freiräume für kritischen Diskurs.“ Das gilt selbstverständlich nicht nur für das städtische Leben sondern gerade auch für ländliche Regionen. Mehr als die Hälfte der Menschen lebt heute in Kleinstädten und Dörfern.

Zugleich sehen sich aber die strukturschwachen ländlichen Regionen mit enormen Herausforderungen konfrontiert: Wo nicht nur das nächste Krankenhaus, sondern auch das nächste Kino, die nächste Bibliothek, das nächste Museum kilometerweit entfernt sind, fühlen Menschen sich abgehängt.

Gerade in diesen Regionen werden Kultureinrichtungen als Orte der Begegnung und Zentren des Austauschs gebraucht. Deshalb muss der Bund gemeinsam mit den Ländern und Kommunen Kultur in ländlichen Regionen entschlossen fördern. Ein Beispiel für erfolgreiche Förderung ist das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“. Von 2015 bis 2024 stehen insgesamt 22,8 Millionen Euro zur Verfügung, um Veränderungsprozesse der kulturellen Infrastruktur in ländlichen Regionen zu unterstützen, die in besonderer Weise vom demografischen Wandel geprägt sind.

Im Rahmen des Programms „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ stellt die BKM zudem jährlich vier Millionen Euro für den Substanzerhalt und die Erneuerung bedeutender Kultureinrichtungen in den strukturschwachen ostdeutschen Ländern zur Verfügung – es soll auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet werden.

Darüber hinaus versuchen wir, durch etliche Bundeskulturpreise für Theater, Kinos, Musikclubs und Buchhandlungen das großartige Netz „geistiger Tankstellen“ aufrecht zu erhalten und kulturell herausragenden Kulturorten mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung zu verschaffen. Diese Preise sollen auch Unterstützung und Ermutigung für die zahlreichen Kleinkultur-Einrichtungen sein, in denen wahre Liebhaber am Werk sind und mit viel Herzblut und persönlichem Einsatz dafür sorgen, dass es auch fern der Metropolen ein großartiges Kulturangebot auf hohem professionellen Niveau für alle Bürgerinnen und Bürger gibt. Neu hinzu kommt auch das im Koalitionsvertrag angekündigte Förderprogramm „Kultur in den Regionen“. Dazu stehen ab diesem Jahr 10 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden wir die Kultur in den ländlichen Räumen nachhaltig stärken, zum Beispiel, indem wir die Strahlkraft kultureller Leuchttürme in die Fläche holen – wie das bereit mit dem Museumsbus des Jüdischen Museums gelingt. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass man in ganz Deutschland von Aschau bis Zingst an unserem reichen Kulturschatz teilhaben kann.

Kunst und Kultur bergen die Kraft, Selbstvergewisserung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Kultur kann Brücken bauen und Türen öffnen. Sie stiftet Heimat und öffnet Welten. Diese Kräfte brauchen wir!

Europäischer Rat im Zeichen von Industrie und Brexit

In dieser Woche trafen sich die Staats- und Regierungschefs zu ihrem traditionellen Frühlings-Gipfel. Wieder ging es um den Brexit und die Art und Weise, wie das Vereinigte Königreich aus der EU austritt. Wir in der Union hätten uns gewünscht, dass die Briten in der EU bleiben. Sie haben anders entschieden. Dann müssen sie aber auch die dafür notwendigen Entscheidungen treffen.

Der Gipfel wird sich auf Initiative der Bundeskanzlerin auch mit Industriepolitik befassen. Die europäische Industrie ist ein wesentlicher Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand. Angesichts der globalen Veränderungen muss sich die EU auch hierzu positionieren. Die Staats- und Regierungschefs werden sich zudem mit Klimaschutz und dem EU-China-Gipfel am 9. April 2019 beschäftigen.

Kabinetts beschließt Eckwerte zum Haushalt 2020

Das Bundeskabinetts hat in dieser Woche die Eckwerte für den Haushalt 2020 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2023 beschlossen.

Damit ist der Rahmen abgesteckt für die regierungsinterne Erarbeitung des Gesetzentwurfs für den Haushalt 2020, den das Kabinetts im Sommer ins Verfahren geben wird. Wie üblich wird der Deutsche Bundestag im Herbst dieses Jahres sein „Königsrecht“ - das Haushaltsrecht - ausüben und den Haushalt 2020 beraten und beschließen. Erst dann werden verbindliche Entscheidungen getroffen.

Versteigerung der Frequenzen für 5G beginnt

In dieser Woche hat bei der Bundesnetzagentur die Versteigerung von Frequenzen begonnen, welche die Telekommunikationsunternehmen für die neue Mobilfunkgeneration 5G nutzen werden.

Mit 5G können deutlich größere Datenmengen in Echtzeit übertragen werden. Man benötigt diese Technik für autonomes Fahren und viele innovative Industrieanwendungen. Es ist davon auszugehen, dass die Versteigerung mehrere Wochen dauern wird.

Danach werden die Frequenzen den Telekommunikationsunternehmen zugeteilt und der Ausbau kann beginnen. Bis spätestens Ende 2022 muss der erste Ausbauschnitt erfüllt sein, so dass er dann den Verbrauchern zugutekommt.

Europäisches Datum - Das Schengener Abkommen beseitigt Grenzkontrollen in Europa.

Vor knapp 24 Jahren, am 26. März 1995 trat das Schengener Abkommen nach einer ursprünglichen Unterzeichnung durch Repräsentanten Deutschlands, Frankreichs und der Benelux-Staaten tatsächlich in Kraft.

Ziel des Abkommens war es, die Personenkontrollen an den Binnengrenzen der beteiligten Länder abzuschaffen und im Gegenzug die gemeinsamen Außengrenzen stärker zu kontrollieren. Inzwischen sind sämtliche EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, Irland und Zypern dem Schengener Abkommen beigetreten, auch wenn Bulgarien, Rumänien und Kroatien den Schengen Acquis bislang nur teilweise anwenden.

Zuzüglich zu den genannten EU-Mitgliedstaaten gehören auch Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein zu den Schengenstaaten. Das kleine luxemburgische Dorf Schengen ist somit zum Symbol der europäischen Reisefreiheit von ca. 400 Millionen Menschen geworden.

(Quelle: Auswärtiges Amt)

Onlineshopping immer beliebter

Einkaufen im Internet bietet eine große Auswahl und die Möglichkeit des direkten Preisvergleichs, zudem ist es äußerst bequem.

Diese Vorteile scheinen bei den EU-Bürgern gut anzukommen, denn die Zahl der Onlinekäufer ist in den letzten 10 Jahren stark gestiegen. Kaufte 2008 nur die Hälfte der Internetnutzer auch online ein, waren es 2018 bereits 69%.

Deutschland lag mit 82% sogar deutlich über dem Durchschnitt auf dem 4. Platz.

(Quelle: Statistisches Bundesamt/Eurostat)